

ANALYSE zur US-Polizei und zu der Erschiessung eines Afroamerikaners in South Carolina

# Nicht generell rassistisch

Alice Brown war bloss 24 Jahre alt, als sie starb. Erschossen durch einen Polizisten in San Francisco, nachdem sie sich in den frühen Abendstunden des 17. März einer Festnahme entziehen wollte und zwei Stadtpolizisten in eine wilde Verfolgungsjagd verwickelte. Der Tod der jungen Frau warf keine grossen Wellen, obwohl in Amerika seit Monaten eine Debatte über Polizeibrutalität geführt wird. Denn Brown war weisser Hautfarbe. Die Erschiessung der jungen Frau passt damit nicht in das Bild, das von Aktivisten gezeichnet und Medienschaffenden rapportiert wird und das bisweilen den Eindruck erweckt, als würden Teile der amerikanischen Bevölkerung durch eine Meute wild um sich schiesender Ordnungshüter terrorisiert. So berichtete die «New York Times», Amerikas führende Tageszeitung, am Mittwoch über die Erschiessung eines 50-jährigen Afroamerikaners in North Charleston (South Carolina) auf ihrer Titelseite unter einer fetten, zwei Zeilen zählenden Schlagzeile. Mit solchen Überschriften markiert die NYT normalerweise historisch bedeutsame politische oder wirtschaftliche Ereignisse.

## Die Erschiessung von Walter Scott ist ein Verbrechen

Zwei Präzisierungen, damit kein falscher Eindruck entsteht: Die Erschiessung von Walter Scott durch den zwischenzeitlich entlassenen weissen Polizisten Michael Slager ist gemäss den derzeit vorliegenden Informationen ein Verbrechen. Scott stellte, als Slager ihn mit acht Schüssen niederstreckte, keine Bedrohung für den viel jüngeren Ordnungshüter dar – auch wenn sich der Afroamerikaner zuvor handgreiflich gegen eine Festnahme gewehrt hatte. Zweitens: Es stimmt, dass Amerikaner mit dunkler Hautfarbe von den Behörden härter angepackt werden als ihre weissen Mitbürgerinnen und Mitbürger. Wissenschaftliche Studien und anekdotische Erzählungen lassen daran wenig Zweifel übrig. Wer dieses Verhaltensmuster aber bloss auf den angeblich tiefstehenden Rassismus weisser Polizisten zurückführt, der macht es sich zu einfach.

Einige Zahlen zur Begründung. Gemäss der offiziellen Statistik der Bundespolizei FBI töten amerikanische Polizisten pro Jahr zwischen 397 (2010) und 461 (2013) Menschen. Diese Zahlen sind mit Vorsicht zu geniessen, weil sich nicht jedes der 18 000 amerikanischen Polizeikörpers an



**Renzo Ruf**  
«Es stimmt, dass Amerikaner mit dunkler Hautfarbe von den Behörden härter angepackt werden als ihre weissen Mitbürgerinnen und Mitbürger.»

der Sammlung der Daten beteiligt und es grosse Unterschiede bei der Kategorisierung solcher Vorfälle gibt. Auch geben die Zahlen keine Auskunft über die Hautfarbe von Opfer und Täter. Andererseits weiss die breite Öffentlichkeit recht gut Bescheid über die Zahl der Polizisten, die jedes Jahr bei der Ausübung ihres Berufes getötet wurden: 2014 waren es 126 Ordnungshüter, gemäss der Statistik der Polizei-Gewerkschaft National Law Enforcement Officers. 50 Polizisten wurden dabei durch eine Schusswaffe ermordet. Zum Vergleich: Jährlich werden in den USA mehr als 14 000 Menschen ums Leben gebracht.

## Viele Amerikaner haben ein zwiespältiges Verhältnis zur Polizei

Was sagen diese Zahlen aus? Wer in den USA als Polizist arbeitet, muss ständig auf der Hut sein. Gewalt ist in diesem riesigen Land allgegenwärtig, insbesondere in Städten und Ortschaften, in denen es soziale Spannungen zwischen armen und reichen oder weissen und schwarzen Menschen gibt. Tatsache ist aber auch, dass viele Amerikaner ein – gelinde gesagt – zwiespältiges Verhältnis zur Polizei haben – sei es aufgrund schlechter Erfahrungen in der Vergangenheit oder aufgrund von Vorstrafen. Ein Beispiel: Kürzlich fragte der Washingtoner Aktivist Gabriel Bunn eine Reihe von Jugendlichen aus dem Armen-Viertel der US-Hauptstadt, ob sie manchmal «erleichtert» seien, wenn sie einen Polizisten sähen. Die übereinstimmende Antwort der acht schwarzen Teenager: Nein, niemals. «Ich fühle mich durch Polizisten mehr bedroht als durch irgendjemand anderes», gab der 17-jährige Doné zu Protokoll. Denn die Ordnungshüter führen sich in den Stadtvierteln, die mehrheitlich von Afroamerikanern oder Latinos bewohnt werden, häufig auf wie Besatzungstruppen auf – obwohl doch eine Mehrheit der 4000 Stadtpolizisten schwarzer Hautfarbe ist.

Und hier liegt das eigentliche Problem: So lange es Amerikas Polizisten nicht gelingt, das Vertrauen sämtlicher Bevölkerungsgruppen zu gewinnen, so lange wird es zu so schrecklichen Ereignissen wie jenem in North Charleston kommen. Denn diese gehören zum amerikanischen Alltag, auch wenn eine breite Öffentlichkeit sich erst seit einigen Monaten dafür interessiert.

@ renzo.ruf@azmedien.ch

## KOMMENTAR

### Mobilisieren statt diffamieren

Zuerst war der «Bschüsser-Brogli» von den Jusos: Ein Facebookprofil, welches den CVP-Finanzdirektor mit einer langen Nase zeigte und als Lügner bezeichnete. Nun folgten die Jungen Grünen mit dem falschen Twitter-Account von SVP-Nationalrat Maximilian Reimann. Damit machten sie den 72-jährigen Politiker lächerlich und beleidigten ihn zudem als Rollator-Lobbyisten.

Dass die linken Jungparteien nicht gerade zimperlich mit dem politischen Gegner umgehen, ist bekannt. Mit der wachsenden Bedeutung von Social-Media-Plattformen haben sie aber neue Möglichkeiten bekom-



von Fabian Hägler

### Twitter-Krach: Die Jungen Grünen veräppeln den 72-jährigen SVP-Nationalrat Maximilian Reimann

men. Früher waren Plakate oder Inserate nötig, um politische Botschaften unter Volk zu bringen. Beides ist teuer, zudem können gewisse Sujets von den Verlagen oder Plakatgesellschaften abgelehnt werden. Ein neues Profil bei Facebook oder Twitter zu erstellen, ist indes gratis. Und die Botschaften lassen sich einfach und rasch in der Bevölkerung verbreiten.

Dass auch Parteien, die nur bescheidene finanzielle Mittel zur Verfügung haben, mit kreativen Online-Auftritten erfolgreich sein können, ist grundsätzlich positiv. Social-Media-Plattformen machen die politische Auseinandersetzung etwas gerechter, weil im Netz weniger das Geld, sondern mehr die gute Idee entscheidet. Ob es allerdings geschickt ist, den politischen Gegner persönlich zu diffamieren, wie dies die Jungen Grünen mit Maximilian Reimann tun, ist fraglich. Sie würden ihre Energie wohl besser zur Mobilisierung der jungen Wähler einsetzen, als sich mit der Alterstruktur der SVP-Liste zu befassen, die sie ohnehin nicht beeinflussen können.

@ fabian.haegler@azmedien.ch

## Es kostet weniger und ist zeitgemässer

Das Argument, es handle sich um eine verfassungswidrige «Mediensteuer», ist eine abstimmungstaktische Behauptung

Die Verfassung verpflichtet den Bund, für die Finanzierung der Leistungen der konzessionierten Radio- und Fernsehveranstalter zu sorgen. Die erhobene Abgabe ist eine Gebühr, deren Höhe sich nach den erbrachten Leistungen bemisst. Der Gebührencharakter kommt auch dadurch zum Ausdruck, dass die Bewohnerinnen und Bewohner von (Pfleger-)Heimen und die Bezügerinnen und Bezüger von Ergänzungsleistungen von der Gebührenpflicht befreit sind. Ebenso können sich während einer Übergangszeit von fünf Jahren Personen, die über keine Empfangsgeräte verfügen, mit einer entsprechenden Erklärung von der Gebührenpflicht befreien.

Die gegnerische Behauptung, es handle sich dabei um eine verfassungswidrige «Mediensteuer», ist eine bloss abstimmungstaktische Behauptung. Das Parlament erteilte dem Bundesrat den Auftrag, die heutige Gebührenpflicht, die sich an vorhandenen Empfangsgeräten orientiert, durch eine geräteunabhängige Abgabe für alle Haushalte und Betriebe zu ersetzen. Bekanntlich können Radio- und Fernsehsendungen auf vielen neuen Geräten (Smartphone, Tablets, Computer etc.) emp-

fangen werden. Damit entfällt auch der enorme und teure Kontrollaufwand.

Die Gebührenpflicht für Unternehmungen rechtfertigt sich, weil selbstverständlich auch dort Empfangsgeräte verwendet werden.

Durch die neue, stark vereinfachte Erhebungsart und den inskünftig entfallenden Kontrollaufwand beträgt die Gebühr für Privathaushalte bloss noch 400 statt 462 Franken im Jahr. Und von den

Unternehmungen werden 75 Prozent von der Gebührenpflicht befreit, weil diese erst ab einem Umsatz von 500 000 Franken besteht. Aber auch von den verbleibenden Unternehmungen wird rund ein Drittel mit der neuen Abgabe günstiger fahren als heute. Die Behauptung des gegnerischen Komitees, vor allem die KMU würden unzumutbar belastet, ist deshalb reine Demagogie. Die zweite Behauptung, nach einer Annahme des Gesetzes würde die Gebühr innert weniger Jahre auf 1000 Franken steigen, ist an den Haaren herbeigezogen und entbehrt jeglicher sachlichen Grundlage.

Das neue Gesetz ist somit bürger- und wirtschaftsfreundlicher als die heutige Regelung und verdient deshalb Ihre Unterstützung.



**PRO**

Kurt Fluri  
Nationalrat FDP, Stadtpräsident Solothurn

## DIE DEBATTE

### Sollen alle für Radio und TV zahlen?

Am 14. Juni stimmen wir über das Radio- und TV-Gesetz ab. Künftig sollen alle Haushalte Gebühren bezahlen – unabhängig davon, ob ein empfangsfähiges Gerät vorhanden ist oder nicht. Zudem werden auch die Unternehmungen stärker belastet. Dadurch sinkt die Gebühr von heute 462 auf 400 Franken pro Jahr.

Was ist Ihre Meinung?  
Diskutieren Sie online mit.  
Pro und Kontra

## Gebührenzahler werden mit einem «Buebetrickli» überlistet

Bundesrat und Parlament sind im letzten Jahrhundert steckengeblieben

1931 nahmen die ersten SRG-Radiosender ihren Dienst auf. 1953 wurde der erste Fernsehversuchsbetrieb durchgeführt. Die SRG hat also grosse Verdienste an der Entwicklung von Radio und Fernsehen in der Schweiz. Bezahlen mussten damals nur diejenigen Personen, welche die Programme empfangen wollten.

2015 sind wir definitiv im digitalen Zeitalter angekommen: Die Konsumenten haben Hunderte in- und ausländische Radio- und Fernsehsender sowie Internet- und Social-Media-Angebote zur Auswahl. Der grösste Teil dieser Angebote ist privatwirtschaftlich finanziert und nicht von öffentlichen Geldern abhängig. Dies zeigt: Die Medienpolitik muss dringend liberalisiert werden. Es ist nicht mehr gerechtfertigt, dass wir ein staatliches SRG-Angebot mit 17 Radio- und 7 Fernsehsendern sowie diversen Websites finanzieren müssen. Die jährlichen Gebühren sind entsprechend explodiert: Zahlten Privatpersonen 1987 noch Fr. 279.60, zahlen wir heute Fr. 462.40.

Leider sind Bundesrat und Parlament im letzten Jahrhundert steckengeblieben: Statt den sogenannten Service public eng zu definieren, die staatlichen Sender zu

reduzieren und die Gebühren deutlich zu senken, wird eine verfassungswidrige Mediensteuer eingeführt. In Zukunft werden auch Personen, die keine Empfangsgeräte besitzen – darunter auch Blinde und Gehörlose – zur Kasse gebeten. Unternehmen müssen der Billag noch mehr Geld – ungefähr 200 Mio. Franken pro Jahr – abliefern, obwohl juristische Personen gar nicht Radio hören oder fernsehen können.

Mit diesem unfairen «Buebetrickli» und der Behauptung, sie müssten künftig nur noch 400 Franken bezahlen, will der Bundesrat die Gebührenzahler überlisten. Dabei steht das gar nicht im Gesetz! Im Gegenteil: Der Bundesrat kann die Gebühren in alleiniger Kompetenz weiter erhöhen! Dass es dem Bundesrat nicht ernst ist, die Gebühren zu senken, sieht man nicht nur an der Entwicklung der Empfangsgebühren, sondern auch am immer grösser werdenden Gebührentopf: 1998 betrug der Gesamtertrag 1,086 Milliarden Franken, 2013 wurden bereits 1,352 Milliarden durch die Billag eingetrieben. Nur mit einem Nein zu dieser unfairen Mediensteuer können die Stimmbürger, eine Änderung in der schweizerischen Medienpolitik herbeiführen!



**KONTRA**

Natalie Rickli  
SVP-Nationalrätin ZH